

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXLIII/93

Bonn, den 17. Mai 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
2	Schutz der Demokratie Zur Zweiten Lesung der Notstandsgesetze	42
2	Sozialer Wohnungsbau - verstärkt und verbessert Zahlen, die für sich sprechen	26
3	Erinnerung an Wilhelm Mellies Zum 10. Todestag am 19. Mai 1968 Von August Berlin, MdB	51
4 - 5	Die Freiheit ist unteilbar Frau Merkeuri und die Griechen in der Bundesrepublik Von Dr. Basil Mathopoulos	86

Zur Zeit verantwortlich: Albert Exler

## Schutz der Demokratie

### Zur Zweiten Lesung der Notstandsgesetze

U.K. - In einer engagierten und lebhaften Debatte, wie sie der Bundestag seit langem nicht mehr erlebt hat, ist am Donnerstag die Notstandsverfassungsgesetzgebung in Zweiter Lesung verabschiedet worden. Jetzt sind die Alliierten, die drei westlichen ehemaligen Besatzungsmächte, am Zuge: Sie müssen diese Fassung des Gesetzentwurfs daraufhin prüfen, ob auch sie der Meinung sind, daß damit Voraussetzungen erfüllt sind, unter denen gemäß Artikel 5 Absatz 2 des Deutschlandvertrages von 1955 die aus der bedingungslosen Kapitulation von 1945 noch übrig gebliebenen sogenannten "alliierten Vorbehaltsrechte" abgelöst werden sollen.

Von allem Anfang an haben die Sozialdemokraten die Beratungen über eine solche Notstandsgesetzgebung unter drei Hauptaufgaben gestellt, die gleichzeitig und gleichgewichtig erfüllt sein sollten:

1. Einem Angriff auf das Gebiet der Bundesrepublik oder unsere Verfassungsordnung müssen wir wirksam begegnen können.
2. Diesem Ziel müssen die Mittel angemessen sein: Man kann Freiheit, Recht und Demokratie nicht mit diktatorischen Mitteln stützen.
3. Alle gesetzlichen Mittel, die zur Bewältigung einer solchen Notlage bereitgestellt werden, müssen so abgesichert werden, daß niemand nie die Möglichkeit hat, unter Berufung auf einen tatsächlichen oder angeblichen Notstand damit Mißbrauch zu treiben.

Diese drei Aufgaben sind durch die vorliegende Fassung, wie sie der Bundestag durch die Zweite Lesung gebracht hat, so gut erfüllt, wie man das von einem Gesetzgeber verlangen kann, der nicht Ideale verwirklicht, sondern allenfalls Annäherungswerte erzielen kann.

Es ist nicht zuletzt das Verdienst der allgemeinen öffentlichen Debatte, die sich fast zehn Jahre lang mit dem Komplex der Notstandsgesetze in immer stärker werdendem Engagement befaßte, daß das jetzt verabschiedete Gesetz so gut geworden ist. Denn bei allen Fehlern und Ärgernissen, die mit dieser öffentlichen Debatte verbunden waren, muß doch festgehalten werden, daß sie selbst einen wichtigen Teil dessen erreicht hat, was mit dem Gesetz erzielt werden sollte: Sie hat die Waffen einer demokratischen Gesellschaft zur Abwehr von An-

griffen gegen ihre gesellschaftlichen und staatlichen Grundsätze verschärft; Gesetze allein können Freiheit und Recht und Demokratie nicht schützen; noch wichtiger als Rechtssätze ist das wache Bewußtsein des Volkes und jedes einzelnen Bürgers von dem Wert dieser Grundsätze. Denn nur der, der weiß, was Freiheit und Recht ihm und der Gemeinschaft wirklich bedeuten, ist bereit, zu ihrem Schutz beizutragen.

+   +   +

Sozialer Wohnungsbau - verstärkt und verbessert

Zahlen, die für sich sprechen

sp - Unter der politischen Führung des sozialdemokratischen Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau, Dr. Lauritz Lauritzen, macht der soziale Wohnungsbau in der Bundesrepublik weiter erfreuliche Fortschritte. Im 1. Quartal 1968 wurden in der Bundesrepublik Bewilligungen für 37.600 öffentlich geförderte Sozialwohnungen ausgesprochen. Diese Zahl liegt damit um 2/3 höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (im 1. Quartal 1967 waren es nur 22.600).

Allein im März 1968 wurden Mittel für insgesamt 19.500 öffentlich geförderte Sozialwohnungen bewilligt, während es im März 1967 nur 9.000 waren. Das bedeutet eine Zunahme von 117 Prozent. Das Land Nordrhein-Westfalen ist mit mehr als der Hälfte - nämlich mit 10.700 - an diesem Ergebnis beteiligt.

Diese Steigerung wurde durch das 2. Konjunkturprogramm der Bundesregierung ermöglicht. Darüberhinaus konnten Mittel aus diesem Programm auch als "nichtöffentliche" Mittel eingesetzt werden. Auf diesem Wege konnten vor allem in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen im großen Umfange Sozialwohnungen gefördert werden. Die Gesamtzahl der auf diesem Wege geförderten Sozialwohnungen lag im 1. Quartal 1968 bei 25.000. Demgegenüber waren es im ganzen Jahr 1967 nur 28.000.

Diese Zahlen sprechen für sich. Im Zusammenspiel mit der von dem sozialdemokratischen Bundeswirtschaftsminister Professor Dr. Karl Schiller entwickelten Konjunkturpolitik konnte der soziale Wohnungsbau entscheidend verstärkt und verbessert werden. Ein Erfolg sozialdemokratischer Politik, auf den Lauritz Lauritzen stolz sein kann!

Erinnerung an Wilhelm Mellies - Zum 10. Todestag am 19. Mai 1968

---

Von August Berlin, MdB

Die gelbgrünen Eichenbaumblätter bilden den Hintergrund der Grabstätte von Wilhelm Mellies, seiner ersten Frau Ella und seiner zweiten Frau Anni, auf dem Friedhof in Pivitsheide (Kreis Detmold). Immer frische Blumen auf dieser Ruhestätte sind der Ausdruck dafür, daß Wilhelm Mellies von vielen Freunden nicht vergessen ist. Zehn Jahre sind wie im Flug dahin gegangen und mir ist alles, was ich kurz vor seinem Tode bei ihm erlebte, als wäre es gestern gewesen.

Außer seinen Angehörigen war ich der letzte Besucher im Krankenhaus in Bonn am Freitag, dem 16. Mai 1958 an seinem Sterbebett.

Einige Minuten des Bewußtseins bei dem Kranken waren ein Geschenk zum Abschiednehmen von Leben. So sagte er mir Dank für den Besuch mit der Bitte, alle seine Lebenswegbegleiter in großen politischen Gefilden zu grüßen, die es gut mit ihm gemeint hätten und die seine Helfer gewesen seien.

Dies Versprechen habe ich gegeben und erfüllt. An diesem zehnjährigen Todestag mag vielen seiner noch lebenden Freunde die damalige Maienzeit lebendig werden.

Auf dem Bundesparteitag der SPD in Stuttgart erfuhr ich am Montag, dem 19. Mai 1958 vom Ableben meines Freundes. In einer eindrucksvollen Trauerfeier am 19. Mai 1958, für den zweiten Vorsitzenden der SPD, neben Erich Ollenhauer, wurde sein Leben und sein Wirken für die Schwachen in unserer Gesellschaft gewürdigt.

Ich kannte Wilhelm Mellies seit seinem 14. Lebensjahr aus der "Sozialistischen Arbeiterjugend". Er ist aus meiner ersten Verbindung mit einem Parlament, dem früheren Lippischen Landtag, nicht wegzudenken. Er war dessen Präsident und ich habe damals den Wert der parlamentarischen Demokratie kritisch, aber aufgeschlossen, zu bewerten versucht. Einige gleichaltrige Freunde und ich besuchten immer Sitzungen des Lippischen Landtags, die periodisch im Winter stattfanden. In der Mittagspause der SPD-Landtagsfraktion kam es zu lehrreichen Gesprächen. Die Verbindung zu Wilhelm Mellies ist nie mehr abgerissen.

In Lage, als Junglehrer tätig, mußte er 1933 aus dem Schuldienst ausscheiden. Er wurde Lebensmittelkaufmann auf der Waldheide in Heidenoldendorf. Aus dem Kriege kam er ohne körperlichen Schaden zurück. Berufener Landrat im Landkreis Detmold, Mitglied des letzten Lippischen Landtags bis 1947, Bildungssekretär und Vorsitzender der SPD-Bezirks Ostwestfalen-Lippe, Mitglied des Wirtschaftsrates in Frankfurt, direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis Lengo in den ersten Deutschen Bundestag, Sekretär der SPD-Bundestagsfraktion, Wahl in die Spitze der SPD-Bundespartei-Führung sind einige Stationen, welche ich aus dem engen Nebeneinander kenne und an die ich denke, wenn auf seinem Grab Kränze niedergelegt werden.

Sein Haus und seine Wohnung standen Freunden und Ratsuchenden in den Wellengängen aller Zeiten immer offen. Diese Beispielgabe ist für mich immer eine Lehre gewesen im Sinne des notwendigen Verzahnungsprozesses der älteren mit der jungen Generation. - Gewiß hatte Wilhelm Mellies, wie alle Menschen, Stärken und Schwächen. Aber aus den Stärken eines jeden Menschen zu schöpfen, sollte immer selbstverständlich sein. In diesem Sinne möchte ich die "Erinnerung" gewertet wissen: für die "Älteren", jene Freunde aus seinen Jahrgängen, und schließlich auch für unsere nachgewachsene Generation und damit für unsere Zukunft.

## Die Freiheit ist unteilbar

Frau Merkouri und die Griechen in der Bundesrepublik

Von Dr. Basil Mathiopoulos

"Wenn in einem Land, wie in diesem Fall in Griechenland, eine Diktatur herrscht, kann niemand von sich behaupten, daß er 'frei' sei. Deshalb stehe ich auf der Seite der unterdrückten demokratischen Griechen und unterstütze alle Bemühungen dieses Volkes zur Wiederherstellung seiner demokratischen Rechtsordnung. Denn Griechenland hat für uns alle die Begriffe 'Demokratie' und 'Freiheit' entwickelt und sie in der staatlichen Existenz vorgelegt. Deshalb habe ich als Regierungschef von Nordrhein-Westfalen Melina Merkouri, diese tapfere Frau, eingeladen, und ich verstehe und unterstütze ihre kompromislosen Bemühungen zum Sturz dieses unmenschlichen Systems. Wie jeder Demokrat verurteile ich entschieden die Militärdiktatur in Griechenland!"

Mit derart markanten und offenen Sätzen bezog der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn, kürzlich in der Essener Grugahalle in seiner Ansprache eindeutige Stellung. Über 6 000 Griechen waren gekommen, um der weltbekannten Schauspielerin Merkouri zuzujubeln, die im Rahmen dieses Programms sowohl als Künstlerin als auch als demokratische Widerstandskämpferin auftrat. Seit die Obristen im April vergangenen Jahres über Nacht ihre Gewalt-herrschaft errichten konnten, hat der nordrhein-westfälische Regierungschef keinen Hehl aus seiner Ablehnung gegenüber dem Regime gemacht. Er hat an der "Aktion zur Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland" teilgenommen und sorgte dafür, daß die in seinem Land lebenden griechischen Gastarbeiter, Studenten und Wissenschaftler, die gegen das Regime eingestellt sind, von den Behörden wohlwollend unterstützt wurden.

Bei einem Gespräch mit Heinz Kühn in Bonn stellte der Verfasser fest, daß es dem Ministerpräsidenten um eine grundsätzliche Entscheidung geht. Kühn gab klar zu erkennen, daß Demokratie, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und die Grundrechte des Menschen sich als Maximen nicht auf die Regierungsarbeit in seinem Lande beschränken ließen, sondern ihre unausweichlichen Konsequenzen für die gesamte Innen- und Außenpolitik hätten. Keiner dürfe gleichgültig darüber hinwegsehen, wenn diese Prinzipien irgendwo gefährdet würden. Als der griechische Generalkonsul seinen Antrittsbesuch in Düsseldorf machte, bekam er von Ministerpräsident Kühn zu hören: "Ihnen persönlich möchte ich freundschaftlich begegnen. Aber ebenso unmißverständlich sollen Sie wissen, daß ich die Regierung, die zur Zeit in Athen herrscht, entschieden ablehne. Und darüber werde ich keinen Zweifel aufkommen lassen."

Als die Einladung Kühns an Frau Merkouri, in Nordrhein-Westfalen bei einer Veranstaltung zugunsten der Verfolgten des Regimes

mitzuwirken, bekannt wurde, fehlte es nicht an warnenden Stimmen, "so eine Frau", die gegen ihre Regierung kämpfe, herzuholen. Es wurde sogar behauptet, daß in Griechenland nach dem 21. April 1967 Ruhe und Ordnung eingekehrt seien, Demonstrationen seien daher unangebracht. Andere wiederum glaubten darauf hinweisen zu müssen: Die Griechen in Deutschland sollen sich auf ihre Arbeit konzentrieren und nicht durch ihre politische Betätigung Unruhe in unser Land bringen.

Die Antwort auf all diese Einwürfe gab Ministerpräsident Kühn durch seine aktive Teilnahme an der Kundgebung in der Grugahalle. Am Abend ihrer Ankunft gab er für Frau Merkouri einen Empfang, ebenso am nächsten Tag. In Essen ließ er dann keinen Zweifel darüber aufkommen; daß er seine Stimme stets für die Freiheit in Griechenland erheben und alles in seinen Kräften Stehende tun wird, um als Politiker und Mensch den Griechen beizustehen und ihre Sache zu der seinen zu machen.

"Ich war selbst zwölf Jahre lang in der Emigration. Was Diktatur bedeutet, habe ich an eigenen Leibe zu spüren bekommen. Frankreich, Belgien und England waren die Stationen meines Aufenthalts, als ich in meiner Heimat überflüssig war. Deshalb verstehe ich die Gefühle der Griechen. Außerdem: Die 150 000 Griechen, die bei uns leben, genießen ja nicht nur unsere Gastfreundschaft, sie leisten einen wichtigen Beitrag in unserer Wirtschaft," meinte Ministerpräsident Kühn in diesem Zusammenhang.

Zu Frau Merkouri gewandt, fuhr er lächelnd fort: "Wissen Sie, damals mußte ich mir falsche Papiere besorgen, um in Ausland existieren zu können. Bei Ihnen ist das nicht möglich, denn Sie sind zu bekannt; aber Sie haben es auch nicht nötig, denn Sie sind überall beliebt. Durch Ihre vielen Freunde haben Sie überall offene Türen. Und deshalb werden Sie auch bei uns viele Freunde für Ihre gerechte Sache finden, nicht nur in mitfühlenden Worten, sondern in der Tat..." Die Antwort von Melina Merkouri: "Die Griechen, Herr Ministerpräsident, haben ein gutes Gedächtnis. Am Tag, da uns die Freiheit wiedergegeben wird, werden wir nicht vergessen haben, was Sie in der Stunde der Not für uns getan haben."

Nach ihrer Europa-Tournee über London, Paris, Brüssel, Stockholm und die Bundesrepublik, wo sie kaum zu überbietende Erfolge hatte, wird sie alle Bemühungen fortsetzen, um die Moral und den Mut unter den Auslandsgriechen hochzuhalten, die Öffentlichkeit der befreundeten westlichen Länder weiter aufzurütteln, um so Freunde im Kampf gegen ein Regime zu gewinnen, das ihr die Staatsangehörigkeit aberkannt und sie enteignet hat. Es geht ihr nicht um ihr persönliches Prestige, sondern um wirksame Hilfe für die Verfolgten der Diktatur in Griechenland.